



# Steuerrekurskommission des Kantons Basel-Stadt

**Präsidentialentscheid vom 23. Oktober 2012**

---

Mitwirkende

lic. iur. Andreas Miescher (Präsident)  
und MLaw Andreina Biaggi (Gerichtsschreiberin)

---

Parteien

X  
[...]

gegen

**Steuerverwaltung des Kantons Basel-Stadt,**  
Fischmarkt 10, 4001 Basel

---

Gegenstand

Steuererlass der kantonalen Steuern pro 2009 und der direkten Bundessteuer pro 2009

(Steuererlass, § 201 StG und Art. 167 DBG)

## **Sachverhalt**

- A. Der Rekurrent und Beschwerdeführer, X, stellte am 4. Mai 2011 ein Gesuch um Erlass der kantonalen Steuern pro 2009 in Höhe von CHF 5'219.70 und der direkten Bundessteuer pro 2009 in Höhe von CHF 203.90.

Die Steuerverwaltung teilte dem Rekurrenten und Beschwerdeführer mit Schreiben vom 17. Mai 2011 mit, dass sie für die Beurteilung seines Gesuchs verschiedene Unterlagen benötige.

Mit Erlassentscheid vom 18. August 2011 wies die Steuerverwaltung das Gesuch ab. Aufgrund des Budgetüberschusses in Höhe von CHF 1'140.00 pro Monat seien die Voraussetzungen für einen Erlass nicht gegeben.

- B. Mit Schreiben vom 16. September 2011 erhob der Rekurrent und Beschwerdeführer gegen diesen Entscheid Einsprache. Er führte an, dass die Berechnung der Steuerverwaltung falsch sei. Vor allem die Schule für den ältesten Sohn sei sehr teuer und ein Schulwechsel sei zurzeit nicht möglich. Er bitte deshalb um einen einmaligen Steuererlass. Dies käme auch dem Staat zugute, zumal sein Sohn die Ausbildung beenden sollte, damit er mit seiner höheren Ausbildung ein konstruktiver Bürger werde, der als Steuerzahler einen wertvollen Beitrag an die Gesellschaft leisten könne.

Mit Einspracheentscheid vom 10. November 2011 wies die Steuerverwaltung die Einsprache ab. Der Budgetüberschuss von CHF 1'140.00 pro Monat sei ausreichend, um die Steuern zu begleichen. Ausserdem käme der Steuererlass seinen übrigen Gläubigern zugute, was nicht Sinn und Zweck des Steuererlasses sei.

- C. Gegen diesen Entscheid erhob der Rekurrent und Beschwerdeführer mit Schreiben vom 6. Dezember 2011 Rekurs bzw. Beschwerde. Er macht geltend, dass er IV-Rentner sei und sehr bescheiden lebe, um seine Kinder unterstützen zu können. Seinen ältesten Sohn von der Privatschule nehmen zu müssen, sei nicht angebracht und gar verantwortungslos. Falls ein Steuererlass nicht möglich sei, so sei ihm die Stundung seiner Steuerschuld zu gewähren, bis sein Sohn die Ausbildung abgeschlossen habe.

Mit Schreiben vom 12. Januar 2012 wiederholt der Rekurrent und Beschwerdeführer seine Begehren des Schreibens vom 6. Dezember 2011 und reicht einige Unterlagen ein.

Mit Vernehmlassung vom 6. Februar 2012 schliesst die Steuerverwaltung auf Abweisung des Rekurses bzw. der Beschwerde.

Auf die Einzelheiten der Standpunkte wird, soweit erforderlich, in den nachstehenden Erwägungen eingegangen. Ein zweiter Schriftenwechsel ist nicht angeordnet worden. Der vorliegende Entscheid wurde als Präsidialentscheid gefällt.

## Erwägungen

1.
  - a) Gemäss § 164 Abs. 1 des baselstädtischen Gesetzes über die direkten Steuern vom 12. April 2000 (StG) kann die betroffene Person gegen den Einspracheentscheid der Steuerverwaltung innert 30 Tagen seit Zustellung des Entscheides an die Steuerrekurskommission Rekurs erheben. Daraus ergibt sich deren sachliche Zuständigkeit zur Beurteilung des vorliegenden Rekurses.
  - b) Gemäss Art. 140 Abs. 1 des Bundesgesetzes über die direkte Bundessteuer vom 14. Dezember 1990 (DBG) kann die steuerpflichtige Person gegen den Einspracheentscheid der Steuerverwaltung innert 30 Tagen nach Zustellung bei einer von der Steuerbehörde unabhängigen Rekurskommission schriftlich Beschwerde erheben. Steuerrekurskommission im Sinne des DBG ist nach § 3 der baselstädtischen Verordnung über den Vollzug der direkten Bundessteuer vom 20. Dezember 1994 (DBStV) die Steuerrekurskommission Basel-Stadt gemäss § 136 StG. Daraus ergibt sich deren sachliche Zuständigkeit zur Beurteilung der vorliegenden Beschwerde.
  - c) Der Rekurrent und Beschwerdeführer ist als Steuerpflichtiger durch den Einspracheentscheid der Steuerverwaltung vom 10. November 2011 unmittelbar berührt und daher zum Rekurs bzw. zur Beschwerde legitimiert. Auf den rechtzeitig erhobenen und begründeten Rekurs bzw. die rechtzeitig erhobene und begründete Beschwerde vom 6. Dezember 2011 (Datum des Poststempels: 7. Dezember 2011) ist somit einzutreten.
2.
  - a) Der Rekurrent und Beschwerdeführer beantragt, den Einspracheentscheid der Steuerverwaltung vom 10. November 2011 betreffend Erlass der kantonalen Steuern pro 2009 und der direkten Bundessteuer pro 2009 aufzuheben und den Steuererlass zu gewähren. Wenn dies nicht möglich sei, so sei ihm wenigstens die Stundung dieser offenen Steuerschuld zu gewähren.
  - b) Es ist zu prüfen, ob die Steuerverwaltung den Steuererlass zu Recht nicht gewährt hat.
3.
  - a) aa) Gemäss § 201 Abs. 1 StG i.V.m. § 146 Abs. 1 der Verordnung zum Gesetz über die direkten Steuern vom 14. November 2000 (StV) können der steuerpflichtigen Person, für die infolge einer Notlage die Bezahlung der kantonalen Steuern, der Zinsen, Verfahrenskosten oder Bussen eine grosse Härte bedeuten würde, die geschuldeten Beträge ganz oder teilweise erlassen werden. Die zu erlassenden

Beträge müssen rechtskräftig festgesetzt und dürfen grundsätzlich noch nicht bezahlt sein.

bb) Gemäss Art. 167 Abs. 1 DBG i.V.m. Art. 7 der Verordnung des EFD über die Behandlung von Erlassgesuchen für die direkte Bundessteuer vom 19. Dezember 1994 (Steuererlassverordnung) können der steuerpflichtigen Person unter den gleichen Voraussetzungen die direkte Bundessteuer, Zinsen oder Bussen wegen Verfahrensverletzungen oder Übertretung ganz oder teilweise erlassen werden.

b) Eine Notlage liegt vor, wenn der ganze geschuldete Betrag in einem Missverhältnis zur finanziellen Leistungsfähigkeit der steuerpflichtigen Person steht. Bei natürlichen Personen ist ein Missverhältnis insbesondere dann gegeben, wenn die Steuerschuld trotz Einschränkung der Lebenshaltungskosten auf das Existenzminimum in absehbarer Zeit nicht vollumfänglich beglichen werden kann. In jedem Fall liegt eine Notlage vor bei Einkommens- und Vermögenslosigkeit oder wenn die öffentliche Hand zur Hauptsache für die Lebenshaltungskosten der steuerpflichtigen Person und ihrer Familie aufkommen muss (vgl. § 146 Abs. 2 StV bzw. Art. 9 Abs. 1 und 2 Steuererlassverordnung). Für die Frage, ob eine Notlage vorliegt, ist auf den Zeitpunkt des Entscheids abzustellen, wobei die Entwicklung seit der Veranlagung, auf die sich das Erlassbegehren bezieht, und die Zukunftsaussichten zu berücksichtigen sind (vgl. zum Ganzen: Beusch in: Zweifel/Athanas, Kommentar zum Schweizerischen Steuerrecht, Bd. I/2b, Bundesgesetz über die direkte Bundessteuer (DBG) Art. 83-222, 2. Auflage, Zürich 2008, Art. 167 N 18 ff.). Während das Kriterium der Notlage einzig die wirtschaftliche Lage der gesuchstellenden Person berücksichtigt, können unter dem Aspekt der grossen Härte auch andere Umstände massgebend sein, namentlich die Unbilligkeit (vgl. Richner/Frei/Kaufmann/Meuter, Handkommentar zum DBG, 2. Auflage, Zürich 2009, Art. 167 N 30). Es werden insbesondere die Umstände, die zu einer Notlage geführt haben, geprüft. Ein Selbstverschulden der gesuchstellenden Person an der Notlage schliesst einen Steuererlass nicht aus, wird aber bei der Entscheidung berücksichtigt. Hat sich die gesuchstellende Person freiwillig ihrer Einkommensquelle oder Vermögenswerte entäussert, wird ein entsprechender Einkommens- und Vermögensrückgang bei der Beurteilung des Erlassgesuchs nicht berücksichtigt (vgl. Richner/Frei/Kaufmann/Meuter, a.a.O., Art. 167 N 32).

c) aa) § 146 Abs. 3 StV sieht für die kantonalen Steuern vor, dass von einem vollständigen oder teilweisen Erlass abgesehen werden kann, wenn die steuerpflichtige Person ihre Pflichten im Veranlagungsverfahren ernstlich verletzt hat (lit. a), die steuerpflichtige Person die zur Beurteilung des Gesuchs einverlangten notwendi-

gen Belege und Unterlagen nicht einreicht (lit. b), die steuerpflichtige Person verschuldet ist und ein Erlass vorab ihren Gläubigern zugute kommen würde (lit. c) oder die steuerpflichtige Person sich absichtlich oder grobfahrlässig ausser Stande gesetzt hat, ihren Zahlungsverpflichtungen nachzukommen (lit. d).

bb) Gemäss Art. 10 Abs. 2 Steuererlassverordnung ist ein Steuererlass zugunsten anderer Gläubiger unzulässig, wenn die Überschuldung in geschäftlichen Misserfolgen, Bürgschaftsverpflichtungen, hohen Grundpfandschulden, Kleinkreditschulden als Folge eines überhöhten Lebenswandels etc. begründet ist. Verzichten andere Gläubiger ganz oder teilweise auf ihre Forderungen, kann ein Erlass im selben prozentualen Umfang gewährt werden.

4. a) Gemäss Auszug aus dem kantonalen Datenmarkt vom 23. Januar 2012 hat der Rekurrent und Beschwerdeführer nebst der offenen Steuerforderung elf offene Verlustscheine in Höhe von CHF 20'378.60. Würde die Steuerverwaltung nun auf ihre Forderung einseitig verzichten, würde dieser Verzicht zu einer Bevorzugung anderer Gläubiger führen. Denn für diese fiel damit bei einem Zugriff auf das pfändbare Einkommen und Vermögen des Rekurrenten und Beschwerdeführers ein Konkurrent weg. Daher ist es zulässig, dass die Steuerverwaltung grundsätzlich von einem Steuererlass absieht, wenn weitere Gläubiger vorhanden sind und diese nicht zumindest auf einen Teil ihrer Forderungen verzichten. Verzichten hingegen die anderen Gläubiger auf einen Teil ihrer Forderung bzw. auf ihre gesamte Forderung, so wäre ein Verzicht auf die Steuerforderung im gleichen Ausmass durch die Steuerverwaltung zu prüfen. Denn in einem solchen Fall trägt der (teilweise) Erlass der Steuerforderung zur Sanierung des Steuerpflichtigen bei, ohne dass es zu einer Gläubigerbevorzugung kommt. Der Erlass hilft diesfalls primär der steuerpflichtigen Person (vgl. dazu: Beusch in: Zweifel/Athanas, a.a.O., Art. 167 N 16; Urteil des Bundesverwaltungsgerichts A-1087/2010 vom 4. Oktober 2010 E. 2.4.1.3 und E. 3.3.; Urteil des Bundesverwaltungsgerichts A-2250/2007 vom 11. März 2009; BGE 2P.307/2004). Da der Rekurrent und Beschwerdeführer im vorliegenden Fall keine Verzichtserklärung seiner weiteren Gläubiger vorgelegt hat, hat die Steuerverwaltung zu Recht von einem Steuererlass abgesehen.

b) Aufgrund der obenstehenden Erwägung kann auf die Berechnung des Existenzminimums verzichtet werden.

c) Der Rekurrent und Beschwerdeführer stellte bereits bei seiner Einsprache vom 16. September 2011 den Antrag, falls der Steuererlass nicht gewährt werde, sei die Forderung zu stunden, bis sein ältester Sohn die Ausbildung beendet habe. Im Ein-

spracheentscheid vom 10. November 2011 geht die Steuerverwaltung auf diesen Antrag nicht ein. Die Frage, ob der Rekurrent und Beschwerdeführer Anspruch auf eine Stundung und damit eine Zahlungserleichterung im Sinne von § 200 StG und Art. 166 DBG hat, hätte die Steuerverwaltung jedoch bereits im Einspracheentscheid entscheiden müssen, weshalb der Entscheid in diesem Punkt gutgeheissen wird und zur Neuurteilung an die Steuerverwaltung zurückgewiesen wird.

5. Zusammenfassend ist festzuhalten, dass der Steuererlass im vorliegenden Fall zu einer Gläubigerbevorzugung führen würde. Die Steuerverwaltung hat den Steuererlass der kantonalen Steuer pro 2009 und der direkten Bundessteuer pro 2009 daher zu Recht nicht gewährt. In Bezug auf den Antrag der Stundung wird der Rekurs und die Beschwerde gutgeheissen und die Steuerverwaltung angewiesen darüber zu entscheiden.
  
6. Nach dem Ausgang des Verfahrens wäre dem Rekurrenten und Beschwerdeführer in Anwendung von § 170 Abs. 1 StG in Verbindung mit § 135 Abs. 1 StV sowie dem Gesetz über die Gerichtsgebühren vom 16. Januar 1975 und der Verordnung hierzu vom 4. März 1975 bzw. in Anwendung von Art. 144 Abs. 1 und Abs. 5 DBG in Verbindung mit § 170 Abs. 1 StG sowie § 135 Abs. 1 StV sowie dem Gesetz über die Gerichtsgebühren vom 16. Januar 1975 und der Verordnung hierzu vom 4. März 1975 eine Spruchgebühr aufzuerlegen. Aufgrund der finanziellen Verhältnisse des Rekurrenten und Beschwerdeführers wird jedoch im vorliegenden Fall auf die Erhebung einer Spruchgebühr verzichtet.

## **Beschluss**

- ://:
1. In teilweiser Gutheissung des Rekurses und der Beschwerde wird der Einspracheentscheid vom 10. November 2011 in Bezug auf die Stundung aufgehoben und zur Beurteilung an die Steuerverwaltung zurückgewiesen.
  2. Der Rekurs wird bezüglich Erlass der kantonalen Steuern pro 2009 abgewiesen.
  3. Die Beschwerde wird bezüglich Erlass der direkten Bundessteuer pro 2009 abgewiesen.
  4. Auf die Erhebung einer Spruchgebühr wird verzichtet.
  5. Der Entscheid wird dem Rekurrenten und Beschwerdeführer, der Eidgenössischen Steuerverwaltung und der Steuerverwaltung mitgeteilt.